"Hauptgrund für Armut ist der Niedriglohnsektor"

Reiche werden immer reicher, andere Bevölkerungsgruppen abgehängt. Das gefährdet den einzelnen und die Demokratie. **Gespräch mit Christoph Butterwegge**

Für kommenden Freitag, 20. Mai 2016, lädt die Bundestagsfraktion Die Linke zur Konferenz "Armut im Rheinland" nach Köln ein Sie sind als Referent dabei. Ein sozialer Riss gehe selbst durch scheinbar wohlhabende Städte wie Köln, Düsseldorf, Bonn und Aachen. In Köln lag die Armutsquote 2014 bei 20,5 Prozent, heißt es in der Ankündigung. Was bedeutet es, dort arm zu sein?

Armut in Köln sieht anders aus als Armut in Kalkutta, ist aber für die Betroffenen ähnlich niederschmetternd, weil sie sozial ausgegrenzt werden. Die Armutsquote ist mit 20,5 Prozent in der Domstadt höher als im Ruhrgebiet, das als Armenhaus der Republik gilt. Die Kluft zwischen Arm und Reich schlägt sich im Stadtbild nieder und hat politische Auswirkungen: In Quartieren, wo hauptsächlich Reiche wohnen, ist die Wahlbeteiligung erheblich höher als in verfallenden Elendsvierteln. Bei der Bundestagswahl 2013 betrug sie in Köln-Chorweiler, wo viele Hartz-IV-Bezieher und Migranten leben, 42,5 Prozent; im Villenviertel Hahnwald dagegen fast 88,7 Prozent. Wenn sich die politische Repräsentation auf Wohlhabende verengt, gefährdet Armut die Demokratie: Die etablierten Parteien orientieren sich noch stärker an den begüterten Wählern.

Wie kann es in einem Gebiet, das keine klassischen Armutsregion ist, zu solchen Verhältnissen kommen?

Hauptgrund für heutige Erwerbs- sowie spätere Altersarmut ist der Niedriglohnsektor. Er umfasst bundesweit 24,3 Prozent aller Beschäftigten und expandiert auch im Rheinland. Durch einen deregulierten Arbeitsmarkt und die Demontage des Sozialstaates hat die Armut zugenommen. Wer von Hartz IV lebt, ist sozial nicht abgesichert. Unter einer miserablen sozialen und Bildungsinfrastruktur leiden besonders Familien und Kinder. In Köln ähnelt es einem Sechser im Lotto, einen Kitaplatz zu ergattern. Vor allem alleinerziehende Frauen können kaum Vollzeit arbeiten, weshalb sie oft in den Hartz-IV-Bezug abrutschen.

Wie wirkt diese Armut gesellschaftspolitisch?

Köln hat knapp über eine Million Einwohner und 117.000 Hartz-IV-Bezieher. Die Kinder der 61.000 Kölner in sogenannten Bedarfsgemeinschaften oder Hartz-IV-Haushalten werden häufig auf Haupt- oder Förderschulen geschickt, während die aus "besseren Kreisen" eher Gymnasien besuchen. Wenn Armut vererbt wird, setzt sich die soziale Selektion in der nächsten Generation fort.

Die Partei Die Linke konstatiert, die Lage sei nicht unabänderlich. Teilen Sie diese Einschätzung angesichts aktueller politischer Machtverhältnisse?

Armut ist im kapitalistischen Wirtschaftssystem angelegt. Heute trimmen die Finanzmärkte alle Menschen auf marktkonformes Verhalten, Ellenbogendenken und Leistung. Die Steuerpolitik der derzeitigen wie vergangenen Bundesregierungen verschärft die soziale Spaltung nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Wer wenig hat, dem wird das Wenige auch noch genommen. Oder wie ein Sprichwort sagt, scheißt der Teufel immer auf den größten Haufen: Unternehmenssteuer sind abgesenkt, Vermögensteuer wird gar nicht mehr erhoben. Über die Erbschaftssteuer für reiche Firmenerben verhandelt die große Koalition noch, aber die mit dem goldenen Löffel im Mund geborenen Kinder können weiterhin einen ganzen Konzern erben, ohne einen Cent zu zahlen. Hingegen müssen Geringverdiener, Kinderreiche und Hartz-IV-Bezieher erhöhte Mehrwertsteuer berappen.

Was kann man dem entgegensetzen?

Politisch bedingte Armut kann durch Gegendruck abgeschafft werden: So muss der Mindestlohn auf mindestens zehn Euro erhöht werden, und zwar ohne Ausnhame für besonders schutzbedürftige Gruppen wie Langzeitarbeitslose, junge Menschen ohne Berufsausbildung und Praktikanten. Der Hartz-IV-Satz ist deutlich anzuheben, und Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind in kleineren Klassen besser zu fördern. Wer in Köln in relativer Armut lebt, fürchtet, als Faulpelz, Drückeberger und Sozialschmarotzer zu gelten. Er zieht sich oft verschämt aus dem öffentlichen Leben in die feuchte Wohnung zurück. Die Bundestagsfraktion der Linken setzt daher unter anderem mit dieser Konferenz auf den Druck der Stadtgesellschaft.

Interview: Gitta Düperthal kurzlink.de/armut-rheinland